



Bundesobmann Fritz Amann:
Das Interview Seite 3



RFW-Steiermark: Landestag
wählt neuen Vorstand Seite 4

Wirtschaft aktiv

RING FREIHEITLICHER WIRTSCHAFTSTREIBENDER

Nr. 1/2008



Der neue RFW-Landesobmann
Dr. Erich Schoklitsch

WK-Vizepräsident Matthias Krenn:

„Leitzins der EZB so rasch als möglich senken!“



Auf Grund der problematischen Lage an den internationalen Finanzmärkten hat die amerikanische Notenbank ihren Leitzins erneut auf drei Prozent gesenkt. Damit soll unter anderem der Handel an der Börse stabilisiert werden.

Europäische Zentralbank soll sich an US-Notenbank ein Vorbild nehmen!

Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) nimmt dies zum Anlass, um auch eine Zinssenkung auf europäischer Ebene zu fordern:

Krenn dazu: „Um einen weiteren Anstieg des Euro gegenüber dem

Dollar zu vermeiden und die Wirtschaft durch Verbilligung der Kredite nachhaltiger zu beleben, ist auch ein entsprechender Zinssenkungsschritt der EZB dringend notwendig. Es kann nicht angehen, dass in Amerika das Geld quasi billiger wird, aber wir hier in Europa unseren Leitzins so gut wie einbetonieren.“

In Zeiten wie diesen, wo es an den internationalen und heimischen Börsen an allen Ecken und Enden kracht, muss hier von höchster Stelle aus flexibler und rascher reagiert werden.

Krenn fordert deshalb die Verantwortlichen in Österreich auf, ihre in der EU hoffentlich doch gewichtige Stimme zu erheben und die Senkung des Leitzinses auch bei uns so rasch als möglich einzufordern.

Krenn: Unternehmer entlasten, Wirtschaftsstandort stärken Lohnnebenkosten endlich senken

Die Steuereinnahmen sind laut Medienberichten im ersten Quartal dieses Jahres stark gestiegen. Um satte 6 Prozent oder 818 Millionen Euro gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres flossen in die Staatskasse: „Diese Abzocker-Regierung muss endlich gebremst werden. Die Belastungen für die heimischen Wirtschaftstreibenden, aber auch für die unselbständigen Erwerbstätigen können unmöglich so weiter gehen“, bezieht Matthias Krenn, WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher und unabhängiger Wirtschaftstreibender (RFW), zu den veröffentlichten Zahlen Stellung. So brachte beispielsweise die Lohn-

steuer in den ersten drei Monaten 2008 fast 4,9 Milliarden in die Staatskasse, war also mit 8,4 Prozent deutlich stärker im „Plus“ als die Zuwächse bei den Nettoeinkommen.

Aber auch die Unternehmer wurden mehr als über Gebühr zur Kasse gebeten: „Die Körperschaftssteuer stieg im Vergleich zum Vorjahresquartal gleich um 16 Prozent auf 1,12 Milliarden Euro, eine nicht weiter zu akzeptierende Abzockerei“, so WKÖ-Vizepräsident Krenn. Aber damit nicht genug, brachte auch noch die Mineralölsteuer um 661 Millionen Euro mehr ein: „Das trifft zum Großteil auch die heimischen Selbständigen, wie Vertreter, Transporteure oder

ähnliches, die hier gleich noch einmal die Staatskassen mit ihrem schwer verdienten Geld aufbessern dürfen.“ Auf eine ordentliche Entlastung, und damit auch eine Standortsicherung für Österreich, dürfen sich die Unternehmer so wie es aussieht nicht freuen: „Die kolportierten 2,7 Milliarden Euro Entlastung, welche Molterer für die Steuerreform 2010 ankündigt, sind angesichts dieser frappanten Mehreinnahmen ein Witz“, so Matthias Krenn weiter in seinen Ausführungen, „wir vom RFW werden uns verstärkt im Zuge der Steuerreform dafür einsetzen, dass die österreichischen Unternehmer auch ausreichend und mit nachhaltigem Effekt entlastet werden!“



Rechnen Sie mit baldigen Neuwahlen?

Nein. Denn diese Koalition ist gefühllos und verspürt die Schmerzen der Bürger, die sie ihnen mit ihrer "sozialen Kälte" bereitet, schon lange nicht mehr.

Würde eine Neuwahl Grundlegendes in Österreich ändern?

Ja. Aber nur wenn die Protagonisten von Rot und Schwarz verschwinden und jeder Politiker für die Einhaltung seiner Versprechen auch persönlich haften würde.

Interview

RFW-Bundesobmann Ing. Fritz Amann zum **KoalitionsChaos!**

Wie lautet ihr Fazit dieser Regierung?

"Lug und Trug" wurde endgültig zum politischen System.

Dem Mittelstand und den Arbeitern als Leistungsträger der Gesellschaft sowie den Pensionisten wurde der letzte Cent aus deren Brieftaschen getrickst.

Energie und Nahrungsmittel waren noch nie so teuer!

Ihr persönlicher Koalitionswunsch?

Eine Koalition, die für wesentlich weniger Parteigelder allen Bürgern für steuerentlastete Lohnsteigerungen, leistbare Wohnungen, bezahlbare Nahrungsmittel und eine kulturkompatible Zuwanderung Sorge und Verantwortung trägt.



Amann begrüßt Kammervorstoß für Urlaubsgeld für Unternehmer

Leitl greift alte RFW-Forderung auf!

Als äußerst erfreulich bezeichnet der RFW-Bundesobmann und freizeitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, Ing. Fritz Amann, den Vorstoß von WKÖ-Präsident Leitl in Sachen steuerbegünstigter 13./14. Lohn auch für Unternehmer, denn damit wird eine langjährige Forderung des RFW nun auch von der Wirtschaftskammer Spitze vertreten. Amann dazu: "Die Sechstelbegünstigung" für Unternehmer analog zum steuerbegünstigten 13. und 14. Gehalt bei den Unselbständigen ist längst fällig. Es ist nur mehr als gerecht, dass auch Unternehmer ein Sechstel des Jahreseinkommens mit sechs statt mit bis zu 50 Prozent zu besteuern haben. Die steuerliche Diskriminierung der Unternehmer wird somit endlich beendet, denn das steuerbe-

günstigte Jahressechstel ist eine wirkungsvolle Entlastungsmaßnahme gerade für den Mittelstand und im speziellen für die Ein-Personen-Unternehmen." Diese Steuerbegünstigung würde zu einer Senkung der Steuerbelastung vor allem der Klein- und Kleinstbetriebe führen und damit deren Eigenkapitalbildung erleichtern. Angesichts der Tatsache, dass nahezu sämtliche Investitionsbegünstigungen für Unternehmer wie etwa Investitionsrücklage oder Investitionszuwachsprämie etc. beseitigt worden seien, ist diese Entlastungsmaßnahme daher mehr als nur gerechtfertigt.

Die kolportierten Kosten in Höhe von 400 Millionen Euro rechnen sich mehr als selbst, denn die sind eine Investition in die Zukunft, die der Standortsicherung und damit der

Arbeitsplätze dient. Wenig Verständnis habe er daher für den Aufschrei der Gewerkschaft, die offenbar nicht und nicht den Weg, aus dem verstaubten Industriezeitalter findet und einfach nicht in der Zukunft ankommen will. Die Hardliner dort wollen oder können einfach nicht erkennen, dass nur ein gesunder Mittelstand langfristig Arbeitsplätze im Land hält und damit den Wohlstand für alle sichert. Daher ist es nur mehr als gerecht, dass der wichtigste Leistungsträger der Volkswirtschaft steuerlich endlich gleichgestellt wird. Das ist kein Privileg, sondern eine Notwendigkeit zur Sicherung der österreichischen Wirtschaft und dem damit verbundenen Wohlstand, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.



RFW-Steiermark: außerordentlicher Landestag

Dr. Erich Schoklitsch zum RFW-Landesobmann gewählt

Am 26. April 2008 fand im Beisein von Bundesobmann KO LAbg. KommR Fritz Amann und von Vizepräsident der WKÖ Bgm. Matthias Krenn der außerordentliche Landestag des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender in Graz statt. Dabei wurden Wahlen für verschiedene Gremien durchgeführt.

Dr. Erich Schoklitsch wurde für die nächsten 3 Jahre zum Landesobmann gewählt. Ihm zur Seite stehen 4 Obmann-Stellvertreter und 10 Vorstandsmitglieder. Mit diesem schlagkräftigem Team wird der RFW als Vertreter der Einpersonen-, Klein- und Mittelbetriebe vorrangig ein Programm für die WK-Wahl 2010 erstellen und die einzelnen Punkte dieses Programms werden an die RFW-Mit-

glieder und natürlich auch über die Medien an alle Wirtschaftstreibenden der Steiermark weitergeleitet.

Schwerpunkte des RFW-Programms werden sein:

- Forderung nach einer umfassenden Steuerreform ab 1.1.2009 mit einer Anpassung der Lohn- und Einkommenssteuer, um den Verlust der Kaufkraft durch die kalte Progression zu stoppen.

Verbunden damit muss endlich eine Verwaltungsreform durchgeführt werden.

- Forderung nach einer Lohnnebenkostensenkung. Hier rangiert Österreich nach wie vor im europäischen Spitzenfeld.

- Forderung nach einer Leitzinssenkung durch die EZB. Hier muss die österreichische Regierung einen längst fälligen Druck ausüben, da die relativ hohe Inflation durch explodierende Energie- und Rohstoffpreise hervorgerufen wird und keineswegs durch die florierende Wirtschaft.

- Forderung nach einer Vorsteuerabzugsberechtigung für betrieblich genutzte PKW, eine längst fällige Umsetzung eines RFW-Dauerbrenners.

- Forderung nach der Abschaffung von Bagatellsteuern, wie der Kreditvertragsgebühr, einer durch nichts gerechtfertigten Gebühr für privatrechtliche Geschäfte.



Die neue Führung des RFW-Steiermark

Landesobmann



Dr. Erich Schoklitsch
Geschäftsführer Firma Robier

Landesobmann - Stellvertreter



Ing. Hermann
Freitag
Immobilienverwalter



Gabriele Karlinger
Inh. Hundeschur-
und Badeanstalt



KR Gerhard
Köhldorfer
Lebensmittelhändler



KR Franz Koller
Hersteller von Kunst-
stofffenstern u. Türen

Mitglieder des Landesvorstandes



Peter Brucker
Immobilientreuhänder



Mag. Richard Erlbacher
Geschäftsführung Bus-
unternehmen Planai-
Hochwurzenbahnen



LIM Robert
Glauning
Zahntechniker



Anton Kogler
Inh. eines
Zeichenbüros



Josef Riemer
Inh. der Firma Rie-
mer Seminare



Bernhard Röbl
Hotelier, Gastwirt



Helmut
Schauensteiner
Geschäftsführer



Ing. Friedrich Schlegl
Geschäftsführer Firma
Bau & Dach GmbH



Barbara Stefan
Physiotherapeutin



DKfm. Kurt Stopper
Unternehmensberater
und selbst. Buchhalter



Leserbrief von Komm. Rat Franz Koller

Reform der NoVA

Herr Finanzminister, bis jetzt hat jede Reform Mehreinnahmen für den Finanzminister gebracht. Aber diesmal fällt die Reform extrem aus.

Zwei Drittel aller gekauften Autos werden in Zukunft höher besteuert. Eine neue Abzocke nicht auf den Kraftstoffverbrauch bezogen, sondern auf PKW, die 120 g CO₂/km ausstoßen.

Das haben sie gut erkannt, weil es wenige Hersteller gibt, die diese Norm erfüllen können. Ist diese Reform der Finanzausgleich für die von

Kreisky eingeführte Luxussteuer, da die heutigen Autos einen geringeren Verbrauch haben? Wir Unternehmer müssen große Autos fahren, um steuerlich in den Genuss zu kommen. Warum gibt es hier keine Reform, dass wir mit einem normalen PKW unsere Geschäfte tätigen können und nicht mit Vans.

Dies ist nämlich schon eine langjährige Forderung der Wirtschaft. Warum gibt es keine Übergangsfrist für diese neue Reform?

Man muss der Autoindustrie die Chance und Zeit für derartige Entwicklungen auf dem Motorensektor geben. Es hat einmal einen Minister gegeben, der für die Warnwesten eine Übergangsfrist einführen wollte, obwohl diese ca. 2,- Euro kosten und für die Sicherheit einen wesentlichen Beitrag leisten.

Es lebe die Schwarz-Rote Regierung!



Kommentar von Bernhard Rößl, RFW-Bezirksobmann Voitsberg, Gastwirt (Kirchenwirt-Stallhofen)

Meine Meinung zur neuen Rauchergesetzgebung

Diese österreichische Lösung, schlägt wieder einmal dem Fass den Boden aus, statt freier Wahlmöglichkeit der mündigen Bürger wird wieder von der derzeitigen Regierung eine Kompromisslösung gefunden, die wieder einzelne Gruppen stark benachteiligt.

Auf der einen Seite haben wir Jugendarbeitslosigkeit und auf der anderen Seite werden jetzt gastronomische Betriebe, die Jugendliche beschäftigen,

durch das neue Rauchergesetz benachteiligt.

Dass es in der Gastronomie möglich ist Lehrlinge im Service auszubilden, indem sie von den Raucherräumen ferngehalten werden, zeigt wieder einmal bildhaft, welche Theoretiker an den entscheidenden Stellen in unserer derzeitigen Regierung sitzen.

Wenn sich bis jetzt ein Betrieb geopfert hat, Jugendliche auszubilden, wird er jetzt vor die Wahl gestellt:

1. Keine Lehrlinge mehr auszubilden, damit es in Zukunft noch weniger qualifizierte Arbeitskräfte in der Gastronomie gibt.

2. Der Betrieb akzeptiert gewaltige Umsatzeinbußen und macht aus seinem Lokal ein Nichtraucherlokal und ist gegenüber Betrieben, die es nicht der Mühe Wert finden Lehrlinge auszubilden, im Nachteil.

3. Oder der Betrieb wird geschlossen und man wartet, bis in einigen Jahren die EU das allgemeine Rauchverbot verhängt und damit wieder Wettbewerbsgleichheit herrscht.

Unter diesen Umständen wundert man sich wirklich über nichts mehr, was da vor allem mit Klein- und Mittelbetrieben passiert.

RFW - AKTUELL

RFW lehnt Vermögenszuwachssteuer entschieden ab!

Seit Wochen wird die Öffentlichkeit, im speziellen die Leistungsträger der Republik, nämlich die Unternehmen und deren Mitarbeiter, durch die Ankündigung der Einführung einer Vermögenszuwachssteuer massiv bedroht. Diese entbehrliche Diskussion könnte eine Welle der Abwanderung nationaler und internationaler Unternehmen zur Folge haben.

Namhafte Vertreter der Banken haben schon ausdrücklich ihr Bedenken deponiert. Nationalbank-Gouverneur Klaus Liebscher betonte, dass der Wirtschaftsstandort Österreich grundsätzlich eine berechenbare und verlässliche Wirtschaftspolitik brauche.

Einmal mehr wird versucht, von der längst überfälligen Abgaben- und Verwaltungsreform abzulenken. Dies würde ausgabenseitig zu einer massiven Kostenreduktion führen, wodurch die Steuersätze vermindert werden könnten.

Den Steuerzahlern, allen voran den Unternehmern, würde das Entlastungen in Milliardenhöhe bringen.

Die Bundesregierung sollte die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer fallen lassen und im Zuge der angekündigten Steuerreform eine umfangreiche Abgaben- und Verwaltungsreform veranlassen.

Reduzierung der Mineralölsteuer

Der Ölpreis hat mit etwa 120,- Dollar je Fass einen Rekordstand erreicht. Der heimische Spritmarkt reagiert auf hohe Rohöl-Fasspreise immer rasch, Preissenkungen am internationalen Markt werden nur langsam an die Konsumenten weitergegeben.

Es ist nicht einzusehen, dass die Unternehmer für etwas Lebensnotwendiges wie die tägliche Versorgung der Bevölkerung und betriebsnotwendige Fahrten eine derart hohe Steuerbelastung hinnehmen müssen. Die heimische Wirtschaft und somit der Wirtschaftsstandort Österreich müssen in diesem Bereich rasch entlastet werden.

Der RFW-Steiermark fordert eine Herabsetzung der Mineralölsteuer auf den Stand vor dem 1. Juli 2007.

Halbierung der Mehrwertsteuer auf Energie

Die hohen Energiekosten führen derzeit zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen europäischen Ländern. Hier sind dringend effiziente und marktfähige Maßnahmen gefordert, die zu einer Senkung der Energiepreise führen. Daher ist die Politik gefordert, wirkungsvolle Schritte zu setzen. Unsere Forderung besteht daher darin: Halbierung der Umsatzsteuer auf alle Formen der Energie!

Auszeichnung des Physiotherapiezentrums Barbara Stefan LTD

beim Gesundheitswettbewerb für steirische Unternehmen
„Fit im Job- Der steirische Gesundheitspreis 2008“.

Bereits zum siebenten Mal wurden heuer innovative Unternehmerinnen und Unternehmer dafür ausgezeichnet, dass sie ihre Mitarbeiter zu Gesundheit und Fitness motivieren. Die sieben MitarbeiterInnen des Physiotherapiezentrums genießen kostenlose Bewegungsangebote, Persönlichkeitsbildung und Kommunikationstrainings. Für Entspannung beziehungsweise eine hervorragende zwischenmenschliche Beziehung sorgen die gemeinsamen Mittagspausen, in denen einmal wöchentlich Frau Stefan persönlich für ihre MitarbeiterInnen kocht. Wir gratulieren Frau Stefan, die als Interessensvertreterin in der WK Steiermark im Ausschuss der allgemeinen Fachgruppe des Gewerbes tätig ist, recht herzlich zu dieser Auszeichnung.



1/5 Ihres Autos verschlingt der Fiskus

Jetzt reicht's!



Betrieblich genutzte KFZ haben keinen Vorsteuerabzug, obwohl ohne Auto kein Betrieb funktionieren würde. 20%, also ein Fünftel des Autos, sind bei Kauf an den Fiskus abzugeben. Das ist nicht einzusehen!

**Der RFW fordert vollen Vorsteuerabzug
für betrieblich genutzte KFZ.**



Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) - Steiermark, Griesplatz 11, 8020 Graz
Tel.: 0316/773350, Fax 0316/773350-55; office@rfwstmk.at, www.rfwstmk.at

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW), Landesorganisation Steiermark, ZVR-Nr.: 028215420, 8020 Graz, Griesplatz 11, zugl. Anschrift Redaktion, Verwaltung, Anzeigen. Druck: NPD Druck, St. Pölten.

Offenlegung (gemäß § 25 Mediengesetz)

Medieninhaber ist der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender, Landesgruppe Steiermark, 8020 Graz, Griesplatz 11. Vereinszweck (gem. § 2 der Satzungen): Der RFW vereinigt Selbständige oder in leitender Stellung Erwerbstätige in der gewerblichen Wirtschaft und in den freien Berufen zum Zwecke der Durchführung wirtschaftspolitischer Aufgaben und zur gegenseitigen Unterstützung und Förderung. Richtung: Information über Politik und Wirtschaft aus freiheitlicher Sicht im Sinne der Satzungen des RFW. Landesvorstand: Landesobmann: Dr. Erich Schoklitsch, Stellvertreter: Ing. Hermann Freitag, Gabriele Karlinger, Komm.Rat Gerhard Köhldorfer, KR Franz Koller; weitere Landesvorstandsmitglieder: Peter Brucker, Mag. Richard Erlbacher, LIM Robert Glauning, Anton Kogler, Josef Riemer, Bernhard Rößl, Helmut Schauensteiner, Ing. Friedrich Schlegl, Barbara Stefan, Dkfm. Kurt Stopper.

Schicken Sie mir Informationen

Name.....

Adresse.....

Telefon.....

E-Mail.....

Ich möchte dem RFW beitreten

(Die Mitgliedschaft beim RFW begründet keine Mitgliedschaft zu einer politischen Partei und ist parteiunabhängig nur Unternehmerinnen und Unternehmern verpflichtet)

An den
**Ring Freiheitlicher
Wirtschaftstreibender**
Griesplatz 11
8020 Graz